



Presseschau vom 01.08.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die *Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Neue Bahnstrecke: Moskau schlägt Kiew's letzten Trumpf Güterzüge aus Zentralrussland rollen in den Süden des Landes schon seit Sowjetzeiten teils über ukrainisches Gebiet. Damit ist bald Schluss, bauen doch die russischen Bahntruppen gerade eine Umleitungsstrecke. Der Volkswirt Dmitri Adamidow spricht mit dem Portal „rueconomics“ über den wirtschaftlichen und politischen Wert dieses Projekts. „Moskaus Entscheidung, eine Bahnstrecke an der Ukraine vorbei zu bauen, erweist sich als richtig – zumal bei dem Hass und der Hysterie gegen Russland, die von Kiew absichtlich geschürt werden“, sagt der Volkswirt. Moskau müsse aus gutem Grund um die Sicherheit seiner Bahntransporte über ukrainisches Gebiet fürchten. Indes sei die neue Bahnstrecke zwischen dem Gebiet Woronesch und Rostow am Don fast fertig, erklärte Russlands Vize-Verteidigungsminister, Armeegeneral Dmitri Bulgakow. Damit sei Russland einen Schritt unabhängiger von der ukrainischen Verkehrsinfrastruktur. „Dies war eine erzwungene Maßnahme, doch ist es gut, dass wir alles zeitnah erledigt haben. Der Bau der Umleitungsstrecke knüpft ja auch an den Bau der Krim-Brücke an“, sagt der Experte Adamidow....



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31682/60/316826029.jpg>

de.sputniknews.com: Verhafteter Ukrainer gesteht Anschlagpläne in Russland

Ein ukrainischer Staatsbürger namens Alexej Sisonowitsch, der in Russland wegen der Planung von Anschlägen auf russischem Territorium zu zwölf Jahren Haft verurteilt wurde, hat bei der Vernehmung durch den FSB verraten, wie er im Auftrag Kiews Daten gesammelt und Verbrechen geplant hatte.

In einem Video, das vom russischen Geheimdienst FSB veröffentlicht wurde, gab der Mann zu, dass er 2014 von den ukrainischen Geheimdiensten rekrutiert und mit der Sammlung von Daten über die Bewegung von Militärtechnik in Lugansk beauftragt wurde.

2015 reiste Sisonowitsch nach Kiew in dessen Auftrag und wurde per Lügendetektor überwacht. Anschließend setzte der Mann die Datensammlung und -übergabe fort. Später erhielt er den Auftrag für Aufklärungsarbeiten an der Station Lichaja nahe der russischen Rostow-Region.

Wie er ferner sagte, musste er später ein Versteck nahe der Ölbasis an der Station Lichaja organisieren. Auf dem Video ist zu sehen, dass sich im Versteck, das der FSB später im Jahr 2016 entdeckte, selbstgemachte Sprengkörper befinden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31682/79/316827977.jpg>

de.sputniknews.com: Putin billigt Gesetz über Tilgung von Schulden auf der Krim an Banken der Ukraine

Russlands Präsident Wladimir Putin hat ein Gesetz über die Tilgung von Kreditschulden von Bürgern auf der Krim gegenüber Banken in der Ukraine unterzeichnet. Das am Montag auf der Kreml-Seite veröffentlichte Dokument tritt somit in Kraft.

Laut Gesetz darf der Kreditnehmer an den durch die Anlageversicherungsagentur gebildeten Fonds zum Schutz der Anleger appellieren, um Kollektorfirmer nicht direkt zu kontaktieren. Der Fonds soll den Kollektor über das Gesuch zu informieren und ihn auffordern, Kontakt mit dem Schuldner über den Fonds herzustellen.

Zudem darf der Kreditnehmer den Fonds um eine Umschuldung seiner Verbindlichkeiten ersuchen. Der Fonds ist auch zuständig, den Kredit abzuschreiben, falls es dafür triftige Gründe gibt.

Das Gesetz war von der Staatsduma Russlands am 19. Juli verabschiedet worden.

Der Chef des Duma-Ausschusses für den Finanzmarkt, Anatoli Akssakow, begründete die Annahme dieses Dokuments „mit rücksichtslosem Handeln sogenannter Kollektoren, die ukrainischen Banken Schulden abgekauft haben und jetzt die Bevölkerung und Betriebe auf der Krim terrorisieren“.

Nach Angaben von Krim-Republikchef Sergej Aksjonow schützt das Gesetz die Interessen von rund 200.000 Einwohnern der Halbinsel. „Das Gesetz wird es ermöglichen, Kredite über insgesamt rund fünf Millionen Rubel abzuschreiben“, sagte er.

Das Problem resultiert daraus, dass ukrainische Banken die Krim nach deren Wiedervereinigung mit Russland verlassen haben. Betroffen sind viele Einwohner, die ihr Geld verloren haben, während Kollektoren mit brutalen Methoden die Tilgung von Krediten fordern.

de.sputniknews.com: Litauens Präsidentin warnt US-Vizepräsidenten vor „neuer russischer Bedrohung“

Die Präsidentin Litauens Dalia Grybauskaitė hat dem Vizepräsidenten der USA Michael Pence von einer „neuen Bedrohung“ seitens Russlands erzählt. Dabei handle es sich um ein sich im Bau befindendes Atomkraftwerk in Weißrussland.

Grybauskaitė schnitt das Thema während des jüngsten Treffens der baltischen Staatschefs mit

Pence an. **Ihr zufolge kann das neue AKW in Weißrussland „als nicht konventionelle Waffe eingesetzt werden“.**

Unter anderem betonte die Präsidentin laut ihrer Pressestelle, dass die „von Amerika gezeigte starke Position in Bezug auf geopolitische Energieprojekte des Kremls eine äußerst wichtige Bedeutung in Hinsicht auf die Erscheinung einer neuen Bedrohung ist“.

Das Kernkraftwerk wird mit Teilnahme Russlands auf weißrussischem Territorium 50 Kilometer von Vilnius entfernt errichtet. Vollständig soll das AKW im Jahr 2020 in Betrieb genommen werden.

de.sputniknews.com: Diplomaten-Ausweisung: McCain droht Putin für „Angriff auf Demokratie“

US-Senator John McCain hat in seinem Twitter-Profil die Ausweisung von amerikanischen Diplomaten aus Russland kommentiert.

„Ich bin nicht überrascht, dass Putin amerikanische Diplomaten ausweist, aber er und seine Vertrauten werden für den Angriff auf unsere Demokratie zahlen müssen“, schrieb er...

vormittags:

Lug-info.com: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über eine Explosion in Lugansk
Eine heftige Explosion ist in der Nacht auf den 1. August in Lugansk erfolgt, in der Folge wurde das Denkmal für die Verteidiger der Republik beschädigt.

„Die Explosion, die viele Einwohner geweckt hat und in einer Reihe von Bezirken von Lugansk zu hören war, geschah gegen zwei Uhr in der Nacht auf den 1. August im Park der Völkerfreundschaft. In der Folge wurde das Denkmal für die Verteidiger der Republik „Sie verteidigten die Heimat“ teilweise beschädigt. Nach allem zu urteilen war die Sprengereinrichtung neben dem Denkmal angebracht. Wie sehr das Denkmal Schaden gelitten hat, ist schwer festzulegen, derzeit ist es mit einer Plane abgedeckt, der Zugang ist durch die Polizei abgesperrt“, berichtet ein Korrespondent von LIZ vom Ort des Geschehens. Etwas später teil die Volksmiliz mit, dass niemand verletzt wurde. Die Sprengereinrichtung war an der Figur, die einen Milizangehörigen symbolisiert, angebracht. Diese Figur wurde ernsthaft beschädigt. Ermittlungsmaßnahmen laufen.

„Die Sprengereinrichtung war zwischen der Figur eines Milizangehörigen und der Karte der Republik angebracht. In der Folge der Detonation wurde das Denkmal stark beschädigt“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz Oberstleutnant Andrej Marotschko mit. Die Skulptur wurde durch die Detonation praktisch völlig vernichtet.

Die Schäden wurden bereits durch Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination registriert.

de.sputniknews.com: Weißes Haus prüft mögliche Gegenmaßnahmen zu Diplomaten-Ausweisung durch Moskau

Die US-Administration erwägt zurzeit laut ihrer Sprecherin Sarah Sanders eventuelle Folgen der Kürzung der Zahl der US-Diplomaten in Russland sowie mögliche Gegenmaßnahmen.

„Zurzeit prüfen wir unsere Varianten (der Handlungen – Anm. d. R.). Und wenn wir bereit sein werden, etwas zu sagen, geben wir Ihnen dies zu verstehen“, sagte Sanders am Montagabend bei einem Pressegespräch.

Ihr zufolge betrachtet Washington die Verringerung der Zahl der US-Diplomaten in Russland um 755 Personen als einen „durch nichts provozierten Akt“, der ein Bedauern hervorruft.

„Die russische Regierung hat die US-amerikanische Mission in Russland gebeten, die Gesamtzahl ihrer Mitarbeiter bis zum 1. September bis auf 455 zu reduzieren. Dieser Akt ruft ein Bedauern hervor und ist durch nichts provoziert“, behauptete sie...

de.sputniknews.com: **Lugansk: Volksmiliz-Denkmal „Sie schützten die Heimat“ von Unbekannten gesprengt**

Im Stadtzentrum von Lugansk haben Unbekannte das Denkmal für die ums Leben gekommenen Angehörigen der Volksmiliz der selbsterklärten Lugansker Volksrepublik (LVR) gesprengt. Dies berichtet am Dienstag die russische Agentur RBC unter Verweis auf die Rechtsschutzorgane der LVR.

„Heute Nacht um 01:50 Uhr haben Unbekannte das Denkmal ‚Sie schützten die Heimat‘ im Stadtzentrum von Lugansk gesprengt.“, heißt es in der Mitteilung der Rechtsschutzbehörde. Laut dem Gesprächspartner der Agentur sind dabei keine friedlichen Bürger oder Angehörige der Volksmiliz zu Schaden gekommen.

Dieses Denkmal war schon einmal am 1. September 2016 Ziel eines Sprengstoffanschlags geworden. Damals hatten Unbekannte am Sockel des Denkmals einen Sprengsatz gezündet, wobei die Skulptur des Kosaken, der einen Volksmilizangehörigen darstellt, beschädigt wurde.

Die Rechtsschutzbehörde der LVR bezeichnete den Vorfall als einen Versuch zur Destabilisierung der Lage und zur Unterminierung des „eingetretenen Regimes der Waffenruhe“. Der Sprecher der Volksmiliz, Andrej Marotschko, hat die Sprengung des Denkmals als einen Terroranschlag eingestuft. Er hob hervor, dass das Denkmal „mit Mühe“ geschaffen worden sei und ein Symbol „unserer Befreier“ sei.

Das Denkmal „Sie schützten die Heimat“ war zum Andenken an die ums Leben gekommenen Volksmilizangehörigen der LVR im Stadtzentrum von Lugansk am 12. März 2016, dem zweiten Jahrestag der Ausrufung der Republik, enthüllt worden. Sein Autor ist der Bildhauer Viktor Gorbulin.



dnr-news.com/uploads/posts/2017-08/1501569179_w620h420wm.jpg

<http://>



<https://cs7054.userapi.com/c638519/v638519391/4f49c/uyVNPY9788k.jpg>

Lug-info.com: Erklärung des Oberhauptes der LVR Igor Plotnizkij über den Versuch der Sprengung des Denkmals für die Verteidiger der Republik

In der Nacht auf den 1. August haben die Feinde der Republik im Schutz der Dunkelheit versucht, eine weitere finstere Sache durchzuführen. Schon ein zweites Mal ist das Denkmal für die Verteidiger der Republik in Lugansk von einem Terrorangriff betroffen. Das Kiewer Regime, das bereits oft seine Schwäche im Kampf, am Verhandlungstisch und bei der Organisation der Blockade gezeigt hat, hat zu der einzigen Sache gegriffen, die ihm noch gelingt – Denkmäler zu zerstören. Und was am widerwärtigsten ist: nach IS-Methoden zieht Kiew Kinder für seine terroristische Aktivität heran.

Aber der Donbass ist nicht die Ukraine! Wir verteidigen alle gemeinsam unser Land, unsere Kinder, unsere Denkmäler. Jetzt ist dazu Geschlossenheit und Wachsamkeit am wichtigsten. Wir geben ehrlich zu: die Einwohner der Bezirke, die sich fern von der Schusslinie befinden, haben darin nachgelassen und sich an das friedliche Leben gewöhnt. Aber der Krieg ist noch nicht zu Ende. Und jetzt ist völlig offensichtlich, dass Poroschenko als das grundlegende Mittel der „abschließenden Lösung der Donbass-Frage“ Terrorakte gewählt hat.

Wir werden einig sein, wir werden den Terroristen keine einzige Chance geben! Wenn jeder Bürger sofort bei der Hotline über verdächtige Personen, Gegenstände und Handlungen informiert, werden Terroristen nichts erreichen können.

de.sputniknews.com: Nato-Tätigkeit nicht zu Europas Nutzen – Russland

Alle Nato-Aktivitäten in der Zeitspanne nach dem Ende des Kalten Krieges haben vom Standpunkt der Gewährleistung der Sicherheit in Europa keine positiven Ergebnisse gebracht. Dies äußerte der ständige Vertreter Russlands bei der Nato, Alexander Gruschko, in einer Live-Sendung des TV-Senders „Rossija 24“ am Dienstag.

„Die ganze Tätigkeit der Nato in der Zeit nach dem Kalten Krieg hat vom Standpunkt der europäischen Sicherheit keinerlei positive Ergebnisse gebracht, nicht einmal für die Länder Europas“, sagte Gruschko.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **achtmal** die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Shelobok, Logwinowo, Dolgoje, Perwomajsk,**

Sokolniki. Geschossen wurden mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen. Beschädigungen von Gebäuden und Verletzte unter der Zivilbevölkerung und den Soldaten gibt es nicht.

de.sputniknews.com: **Warum das Pentagon lebendes Gewebe von Russen braucht**

Das US-amerikanische Kommando für Ausbildung und Training der Luftwaffensoldaten (AETC, Air Education and Training Command) hat jüngst einen Vertrag zum Kauf von RNA-Mustern, die „russischer/europäischer Abstammung“ sind, veröffentlicht. Informationen zur entsprechenden Ausschreibung sind auf der Webseite für Staatsankäufe der USA zu finden. Das Pentagon braucht unter anderem Muster von RNA-Molekülen, die sich an der Umsetzung von menschlichen genetischen Informationen beteiligen. Geber müssen gesund sein. Gewebemuster aus der Ukraine passen den Amerikanern nicht. Diese Informationen rufen aber gewisse Bedenken hervor.

Das AETC, das sich mit der Ausbildung von Piloten und Techniken befasst, ist nicht der endgültige Abnehmer von „lebenden Geweben“ aus Russland. Die US-Luftstreitkräfte haben ihre eigene medizinische Abteilung, aber das Pentagon ist ja alles andere als ein „internationales Gesundheitsministerium“. Die Bestellung von russischen RNA-Mustern könnte durchaus mit der Entwicklung von Biowaffen oder mit der Vorbereitung ihrer Tests verbunden sein.

Das Atomwaffen-Arsenal der USA ist riesig, doch es wäre für Washington äußerst ungünstig, selbst einen lokalen nuklearen Konflikt auszulösen, denn es könnte davon durchaus selbst betroffen werden. Ein biologischer Krieg wäre sehr effizient, würde aber nicht die wirtschaftliche Infrastruktur zerstören. Es sind alle Möglichkeiten für die Entfesselung des Dritten Weltkriegs vorhanden, und zwar durch die Auslösung von diesen oder jenen Seuchen. Biowaffen können sehr selektiv und schnell die gegnerische lebende Kraft vernichten, und dem Sieger bleibt nur, den „Müll“ auf dem Territorium des eroberten Landes zu räumen. Und das Netzwerk von US-amerikanischen militärischen Bio-Laboren, das Georgien, die Ukraine, Kasachstan und andere an Russland grenzende Länder umfasst, wird immer größer.

So wird der Einsatz der Biowaffen geübt

Gefährliche Seuchen brechen vor allem in Afrika und Südasien aus, aber das Pentagon zeigt großes Interesse für die GUS-Länder, wo die Situation aus dieser Sicht im Allgemeinen positiv ist. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Aktivitäten das Ziel verfolgen, ein ganzes Arsenal von Waffen zu entwickeln, die getarnt eingesetzt werden könnten. Für solche Vermutungen gibt es allen Grund. Der Anthrax-Ausbruch im Norden Russlands im Sommer 2016 wurde auf die Klimaerwärmung zurückgeführt, aber giftige Mikroorganismen könnten nach Sibirien auch mit Zugvögeln „transportiert“ worden sein. Nicht zufällig wurde auf der Halbinsel Jamal im August des Vorjahres die Jagd verboten. Die Anthrax-Diagnose wurde bei 24 Einwohnern der Tundra bestätigt, sodass insgesamt mehr als 2500 verseuchte Rentiere vernichtet werden mussten.

Solche Seuchen hatte es immerhin seit 75 Jahren nicht gegeben. War also wirklich das Klima schuld daran? Diversionen zur Vernichtung der Urvölker im Hohen Norden, die Zerstörung der russischen Umwelt (die Vernichtung von Rindern, die Diskreditierung russischer Produkte auf dem Weltmarkt) lassen sich nicht völlig ausschließen.

Beunruhigend war auch die Ebola-Seuche – die größte in der Geschichte Afrikas – im Jahr 2014, die 6583 Menschen das Leben kostete. Dort kann man immerhin nicht von der Klimaerwärmung sprechen. Gegen gewisse Völkerschaften gerichtete Viren waren selbst in den Zeiten, als die Kolonisten Süd- und Nordamerika erschlossen, nicht gerade utopisch. Der aktuelle Entwicklungsstand der Genetik könnte selbst den schlimmsten Hollywood-Horrorfilm zur Wahrheit machen.

Manche Experten halten den Ausbruch der afrikanischen Schweinepest in den Jahren 2012

und 2013 für eine Diversion. Ihnen zufolge konnte das ASF-Virus, das im nördlichen Klima gefährlich war, nur in einem Labor entstanden sein. Zuvor hatten die Amerikaner solche Einsätze auch gegen Kuba gerichtet.

Dabei hatte Washington 2001 den Mechanismus zur gegenseitigen Kontrolle künstlich blockiert: Die USA schätzen die epidemiologische Situation in der Welt einseitig ein und halten die Genfer Konvention zum Verbot von Biowaffen von 1972 nicht ein. Ausländische Inspektoren wurden einfach nicht zu den Objekten auf dem US-Territorium zugelassen. Früher hatte Moskau von Washington öfter Garantien der Nichtanwendung von Biowaffen verlangt, aber keine bekommen. Es könnte passieren, dass Russland die strategischen Reserven von Biowaffen auf dem Territorium seiner Nachbarländer mit hochpräzisen Mitteln vernichten müsste.

Geheime Objekte

Moderne Technologien und neueste Erfindungen in der Biologie und Genetik lassen behaupten, dass Bio- bzw. Genwaffen bereits bestehen und die lebende Kraft selektiv nach der Hautfarbe und anderen Merkmalen vernichten könnten. Man muss nur den Einfluss der neuesten Viren auf konkrete Genotypen analysieren. Für die von den Amerikanern versprochenen Hilfen haben die Ukraine, Georgien, Aserbaidschan und Kasachstan nicht nur ihr Territorium für die Bio-Experimente des Pentagons bereitgestellt, sondern den Amerikanern auch ihre Sammlungen von Auslösern verschiedener gefährlichen Erkrankungen überlassen. Und jetzt könnten die USA unter dem Vorwand von humanitären Missionen (zur Förderung der Bio-Sicherheit der Ex-Sowjetrepubliken) das Potenzial ihrer Militärlabore gegen Russland einsetzen.

Die US-Forscher arbeiten streng vertraulich und behaupten, nur die Infektionsherde in den jeweiligen Regionen zu analysieren. Die Unabhängigkeit der Bio-Labore des Pentagons vom jeweiligen Land gestattet es ihm, so gut wie unkontrolliert diverse Experimente mit gefährlichen Viren und Bakterien durchzuführen, Bio-Angriffe zu modellieren usw. Etliche Beispiele dafür liegen auf der Hand.

Die genetische Nähe zwischen den Russen und Ukrainern und das Abkommen zwischen dem ukrainischen Gesundheitsministerium und dem US-Verteidigungsministerium vom 29. August 2005 hatten die Eröffnung von insgesamt 13 US-Militärlaboratorien in der Ukraine vorbestimmt: in Kiew, Odessa, Cherson, Ternopol, Uschgorod, Winniza, Charkow, Lwow und Dnepropetrowsk. Die Interessen des Pentagons sind offensichtlich, und die Position der ukrainischen Gesundheitsbehörde ist frappant, wenn man die mit den Aktivitäten der Amerikaner verbundenen Risiken bedenkt.

Auch in Georgien gibt es mehrere US-amerikanische Biolabors, unter anderem ein Lager von hochgefährlichen Substanzen unweit von Tiflis. All diese Objekte wurden auf Kosten des Pentagons gebaut. Allein in Georgien beliefen sich die Ausgaben auf mehr als 100 Millionen Dollar. In Kasachstan betragen sie laut Quellen 108 Millionen Dollar. Dieser Preis beinhaltet vermutlich unter anderem diverse kostspielige Dual-Use-Ausrüstungen. Formell beschäftigen sich georgische Wissenschaftler gemeinsam mit ihren US-Kollegen mit Problemen der Vorbeugung von viralen Seuchen, aber der Haushalt eines solchen Labors ist vergleichbar mit dem Haushalt des ganzen georgischen Gesundheitsministeriums.

Dank solcher Objekte hat Russlands potenzieller Gegner riesige Möglichkeiten für „saubere“ Offensiveinsätze auf dem Territorium seiner Nachbarländer. Die größte Gefahr ist die unsichtbare.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

„Gestern gegen 21:35 wurden in Trudowskije in der Amedarjinskaja-Straße 38 in einer Sommerküche Fenster und Dach beschädigt“, teilte die Bezirksverwaltung des Petrowskij-Bezirks von Donezk mit.

Die Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks berichtete über einen heftigen Brand, der gestern Abend in **Kominternowo** dadurch entstand, dass ein Heuschaber durch ein Brandgeschoss entzündet wurde.

„In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **56 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Es wurden Artillerie, Mörser, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden **17 frontnahe Ortschaften der Republik** beschossen.

de.sputniknews.com: **Mit diesen Waffen wollen Pentagon und US-Außenministerium Kiew versorgen** – Medien

Das Pentagon und das US-Außenministerium haben gemeinsam einen Plan zur Lieferung von Panzerabwehrraketen und anderer Waffen an die Ukraine ausgearbeitet, schreibt die Zeitung „The Wall Street Journal“ unter Berufung auf US-Beamte.

Das Weiße Haus soll demnach den Plan jedoch noch nicht gebilligt haben.

Den US-Militärbeamten und —diplomaten zufolge gehe es um Abwehrwaffen, die die angeblich „aggressiven Handlungen Moskau“ eindämmen sollen. Die USA würden gemäß dem Vorschlag aus dem Pentagon und dem Außenministerium die Ukraine mit Panzerabwehrwaffen, eventuell aber auch Raketenkomplexen Javelin sowie Flugabwehrmitteln versorgen, so das Blatt weiter.

Die Panzerabwehrraketen sollen aber nur dort stationiert werden, wo sich die ukrainischen Truppen weit von der Frontlinie entfernt befinden. Somit wollten die amerikanischen Politiker einerseits das Eskalationsrisiko minimieren und andererseits die Kritik darüber mildern, dass derartige Schritte Washingtons Kiew zu Angriffshandlungen veranlassen könnten.

Einem hochrangigen US-Beamten zufolge soll die Entscheidung über die Waffenlieferung an Kiew im Weißen Haus noch nicht erörtert worden sein. US-Präsident Donald Trump sei über derartige Pläne noch nicht in Kenntnis gesetzt worden, seine Position sei derzeit also noch unklar. Amerikanische und ukrainische Beamte sollen dem Blatt zufolge sogar erklärt haben, dass das Weiße Haus die endgültige Entscheidung hinsichtlich der Waffenlieferung an Kiew erst in mehreren Monaten treffen würde.

Die Pentagon-Sprecherin Michelle Paldanza betonte zugleich, dass die USA die Lieferung auch von tödlichen Waffen an die Ukraine nicht ausschließen würden. Der US-Verteidigungsminister James Mattis soll den Beamten zufolge den Plan unterstützt haben. Sollte Kiew die gelieferten Waffen allerdings unsachgemäß nutzen, könne Washington die Entscheidung treffen, diese abzurufen.

Der Senat des US-Kongresses hatte Anfang Mai den Etatentwurf gebilligt, der bis zum 30. September 2017 gilt und wie bislang eine Finanzhilfe für die Ukraine in Höhe von mindestens 410,456 Millionen Dollar, darunter für militärische Unterstützung, vorsieht.

Russland hatte wiederholt vor Waffenlieferungen in die Ukraine gewarnt, weil ein solcher Schritt nur zur Eskalation des Donbass-Konfliktes führen würde.

Ukrinform.ua: **Weißes Haus über Kohle-Vertrag: Ukraine wird von Nachbarn nicht mehr abhängen**

Das Weiße Haus sei der Ansicht, dass die Vereinbarungen der Lieferung amerikanischer Kohle an die Ukraine die Energieabhängigkeit der Ukrainer beenden und die zuverlässige Diversifikation in diesem Bereich sicherstellen werden, erklärte auf einem Briefing am Montag die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Sarah Sanders, berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus den USA.

„Diese Partnerschaft wird der Ukraine eine zuverlässige, stabile und wettbewerbsfähige

Quelle von Energieressourcen sichern, die die stabile Versorgung mit den Energieressourcen fördern wird, die historisch von der „Gnade“ des Nachbarlandes abhing“, stellte sie fest. Wie Ukrinform berichtete, hatte das ukrainische Staatsunternehmen „Zentrenergo“ einen Vertrag mit der amerikanischen Firma Xcoal Energy & Resources für die Lieferung bis Ende des Jahres von 700 000 Tonnen Kohle abgeschlossen. Das erste Schiff mit 85 000 Tonnen Kohle soll in den Hafen Juschnyj (Gebiet Odessa) schon Anfang September anlaufen. Unter den Bedingungen des Vertrages werden bis Ende September die folgenden 120 000 Tonnen kommen. Insgesamt werden bis Ende des Jahres 2017 rund 700 000 Kohle aus den Vereinigten Staaten geliefert.

de.sputniknews.com: US-Kohlelieferungen sollen Ukraine vor „instabilen Nachbarn“ retten – Sanders

Der mit der Ukraine unterzeichnete Vertrag über Kohlelieferungen soll laut der Sprecherin des Weißen Hauses Sarah Sanders zur „Energiedominanz“ der USA in der Welt beitragen.

„Diese Partnerschaft wird der Ukraine eine unabhängige, sichere und konkurrenzfähige alternative Energiequelle bieten, was die Stromlieferungen stabilisieren wird“, sagte Sanders am Montag, nachdem der Chef des ukrainischen Unternehmens „Zentrenergo“, Oleg Kosenko, den Vertrag mit dem US-Unternehmen Xcoal Energy & Resources unterzeichnet hatte.

Zuvor seien die Lieferungen „nur nach dem Willen instabiler Nachbarn erfolgt“, so Sanders. Dieser Deal solle außerdem die US-Kohleindustrie und das Verkehrswesen stützen und werde den USA helfen, die „Energiedominanz“ in der Welt zu erreichen. Die USA rechnen der Sprecherin zufolge auch mit neuen ähnlichen Projekten.

Nach dem Liefervertrag soll die Ukraine bis zum Jahresende 700.000 Tonnen Kohle aus den USA bekommen. Der Preis für die erste Lieferung beträgt 113 US-Dollar je Tonne, doch laut Kosenko wird der Preis variabel sein.

Im ersten Quartal dieses Jahres musste Kiew 206 Dollar je Tonne der US-Kohle zahlen, was um das Dreifache teurer ist als im selben Zeitraum des Vorjahres. Damals lag der Preis bei nur 71 Dollar.

Wie der ukrainische Präsident Petro Poroschenko gegenüber Journalisten zuvor mitteilte, will die Ukraine zwei Millionen Tonnen Kohle im US-Bundesstaat Pennsylvania kaufen. Dabei bestätigte er seinen Verzicht, Kohle im naheliegenden Donbass zu erwerben.

Zu Beginn dieses Jahres hatten ukrainische Extremisten die Steinkohlelieferungen aus dem Donbass blockiert. Im Februar wurde in der Ukraine der Energienotstand erklärt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31477/92/314779223.jpg>

de.sputniknews.com: US-Koalition greift erneut Zivilisten in Syrien an: Mindestens 60 Tote
Mindestens 60 Zivilisten sind bei einem Luftangriff der US-geführten Koalition in Syrien
getötet worden. Dies meldet die Agentur Sana.

Nach Informationen der Agentur haben Kampfjets der internationalen Anti-IS-Koalition
Luftschläge gleich gegen mehrere Gebiete der syrischen Provinz Deir ez-Zor geführt....

Lug-info.com: Die Lugansker Nationale Agraruniversität begann die Immatrikulation für
einen neuen Studiengang „Wirtschaftliche Sicherheit“

Die LNAU begann die Annahme der Bewerbungsunterlagen von Abiturienten für einen neuen
Beruf „Ökonomische Sicherheit“. Dies gab auf einer Pressekonferenz der Prorektor der
Hochschule für den Lehrbetrieb Sergej Titarenko bekannt.

„Ich möchte über eine interessante Berufsausbildung sprechen, die bei uns erstmalig
eingeführt wird – das ist der Studiengang „Ökonomische Sicherheit“. Wir haben eine
bestimmte Sondergenehmigung dafür erhalten, nun läuft die Auswahl der Bewerber. Was ist
das Wesen dieser Ausbildung? Es ist eine Schnittstelle von wirtschaftlichen und rechtlichen
Disziplinen“, sagte er.

„Warum legen wir so großen Wert auf diese Ausbildung? Es ist eine Tatsache, wir wissen es
alle, dass in den 90er Jahren (des 20. Jahrhunderts) Prozesse des buchstäblichen Diebstahls
von Staatseigentum in großen Umfang stattfanden. Das, was dem Volk gehörte, ging in
private Hände über, was man nun wieder in Volkseigentum überführen muss. Damit muss
sich auseinandergesetzt werden, dafür braucht man unbedingt Spezialisten. Deshalb haben wir
beschlossen, solche Spezialisten auf neuem Niveau auszubilden, denn vor diesen Menschen
stehen sehr große Aufgaben. All diese Pläne entsprechen dem Wesen unserer Zeit, dem Wesen
der Lugansker Volksrepublik“, betonte der Prorektor.

Nachmittags:

Dnr-online.ru: Ab dem 1. August führen Vertreter der „Volkskontrolle“ Kontrollen von Qualität und Lagerungsbedingungen auf den Märkten der Republik durch. Dies berichtete in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR die Abgeordnete des Volkssowjets und Leiterin des Projekts Volkskontrolle Jekaterina Marjanowa.

„Auf jedem Markt gibt es sehr viele Verstöße, eine Menge von Handelspunkten, deshalb haben wir heute begonnen, Kontrollen in Marktverkaufsstellen der Republik durchzuführen, die etwa einen Monat dauern werden. Die gesamten erhaltenen Informationen müssen weiter verfolgt und unter Kontrolle gebracht werden, um Ordnung in den Verkaufsstellen herzustellen“, unterstrich sie.

Die Abgeordnete wandte sich auch an die Unternehmer der Republik: „Es lohnt sich nicht, aggressiv auf die Kontrolle zu reagieren und nicht offen zu sein, weil wir in diesem Fall den Schluss ziehen, dass an dem Verkaufspunkt Verstöße zu finden sind. Alle Kontrollen erfolgen gemeinsam mit der Verwaltung des staatlichen Unternehmens „Märkte des Donbass“, sagte Jekaterina Martjanowa.

Ukrinform.ua: Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und Kanada tritt in Kraft
Das Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und Kanada tritt offiziell am 1. August in Kraft.

Ab heute schafft Kanada bis zu 99,9 % der Zölle für ukrainischen Importe ab.

„Kanada hat uns sein Geschenk zum Tag der Verfassung gemacht: Wir haben die Note der Regierung über den Abschluss aller internen Verfahren für das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens erhalten“, verkündete die Einführung des Freihandels der Botschafter der Ukraine in Kanada, Andrij Schewtschenko.

Er erinnerte daran, dass das Abkommen ab dem 1. August 98 % Zölle für ukrainische Waren, die nach Kanada verkauft werden, abschafft. Für kanadische Güter werden sofort 72 % der Zölle aufgehoben, und innerhalb von 7 Jahren wird der zollfreie Export auf 98 % wachsen.

Das Abkommen eröffnet auch gegenseitig die Märkte der staatlichen Aufkäufe. Einzelne Abschnitte des Dokuments schützen die e-Kommerz und geistiges Eigentum.

Das Abkommen wurde am 11. Juli letzten Jahres bei einem Besuch von Justin Trudeau in Kiew unterzeichnet.

Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel der Ukraine prognostiziert, dass kurzfristig vom Freihandelsabkommen mit Kanada die ukrainischen Hersteller von Sonnenblumenöl, Süßwaren, Alkoholgetränken und Bier, Säften, Kleidung, Keramik, sowie ukrainische Hütten- und Chemiewerke profitieren werden.

de.sputniknews.com: Beitritt zu Russland zahlt sich für Krim nun in barer Münze aus
Jetzt belegen es auch die Zahlen: Die Wiedervereinigung mit Russland von 2014 zahlt sich für die Krim nun in barer Münze aus. Das Wirtschaftsministerium der Halbinsel hat erstmals Wirtschaftsdaten verglichen – aus der Zeit vor und nach dem Beitritt zu Russland. Das Ergebnis ist eindeutig, wie das russische Wirtschaftsblatt „RBC“ berichtet.

„Diese Ergebnisse sind normalerweise kaum zu sehen und kaum zu greifen“, schrieb Sergei Aksenow, Ministerpräsident der Republik Krim, auf Facebook. Doch könne man die Zahlen nicht wegdiskutieren. „Es gibt eine positive Entwicklung. Und unsere Aufgabe als Regionalregierung ist es, die Menschen über die Bilanz unserer Arbeit zu informieren.“

Also dann, die Zahlen des Ministeriums: In den Jahren 2012-2013 hielt sich das Wirtschaftswachstum der Halbinsel nahe dem Nullpunkt, die Wirtschaft stagnierte. In 2015 dann stieg die Wirtschaftsleistung der Krim gleich um 8,5 Prozent und setzte den Anstieg im Jahr darauf mit 7,1 Prozent fort.

Diese Entwicklung zeigt sich auch in der Industrie und dem verarbeitenden Gewerbe auf der Halbinsel: In den Jahren 2011-2013 stieg die Produktion auf der Krim um gerade mal 1,2

Prozent – nach dem Beitritt zu Russland dann um 6,1 Prozent bis 2016.

Offensichtlich kommt dieser Aufschwung auch bei den Menschen auf der Krim an: 2016 stiegen die Durchschnittsgehälter der Halbinsulaner auf mehr als das Zweieinhalbfache im Vergleich zu 2013. Damals verdienten die Menschen auf der Krim im Schnitt 7.000 Rubel, rund 100 Euro nach heutigem Kurs. In 2016 waren es rund 19.000 Rubel, 270 Euro.

Ermittelt wurden die Zahlen von 2011-2013 durch Umrechnung der Hrywna-Werte in die russische Währung nach dem Durchschnittskurs dieser Dreijahresspanne. Und genau das ist es, was den Wirtschaftsexperten Wladimir Bessonow von der Higher School of Economics an der Aussagekraft der Ministeriumszahlen zweifeln lässt.

Er erklärt: „Wenn man so rechnet, erhält man die Entwicklung des Nominaleinkommens. Das allein spiegelt den Wohlstand der Bevölkerung aber nicht wider. Der rasante Einkommensanstieg nach dem Beitritt zu Russland ist ja von einem ebenso rasanten Preisanstieg begleitet worden.“

Also hat das Wirtschaftsblatt selbst nachgerechnet und die Kaufkraft der Halbinsulaner von 2013 jener von 2016 gegenübergestellt: Die Zeitung hat die Kosten eines repräsentativen Warenkorb aus den beiden Jahren verglichen. Das Ergebnis ist erstaunlich: Die Kaufkraft der Bürger auf der Krim sei 2016 um 22 Prozent höher gewesen als im letzten Jahr vor der Abspaltung von der Ukraine, rechnet „RBC“ vor.

Aber wenn man das Geld kurz beiseite lässt: Dass es mit der Krim aufwärts geht, zeigen auch Daten, die die Wirtschaftsentwicklung indirekt abbilden. So ist die Zahl sanierter Mehrfamilienhäuser um das Sechsfache gestiegen. Der Flughafen von Simferopol, der Krim-Hauptstadt, hat mehr als vier Mal so viele Fluggäste abgefertigt. Die Fähre zwischen der Krim und dem russischen Festland transportierte fast sieben Mal mehr Fahrgäste – ein Wert, der sicherlich auch durch die Landblockade der Halbinsel durch die Ukraine bedingt ist.

Noch ein Wohlstandsanzeiger: Die Kriminalitätsrate. Sie ist auf der Krim in 2016 im Vergleich zu 2013 um 32 Prozent zurückgegangen.

Zu guter Letzt: Laut dem Wirtschaftsministerium herrscht auf der Krim Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenrate ist von zwei Prozent auf 0,5 Prozent zurückgegangen. Dabei darf an der Beweiskraft dieser Zahlen getrost gezweifelt werden, denn die meisten Russen melden sich im Falle von Arbeitslosigkeit beim Arbeitsamt gar nicht.

Ein realeres Bild der Beschäftigungsquote auf der Krim bieten stattdessen Umfragen.

Demnach haben 6,8 Prozent der Krim-Bürger angegeben, derzeit ohne Arbeit zu sein, wie die Internationale Arbeitsorganisation laut der Zeitung ermittelt hat. Zum Vergleich: In 2013 betrug die amtliche Arbeitslosenquote auf der Krim 5,7 Prozent. In einer Umfrage bezeichneten 68 Prozent der Krim-Bürger die Arbeitslosigkeit als das größte Problem der Halbinsel.

Timer-odessa.net: **Die Bürger der Ukraine essen weniger**

Im Jahr 2016 sank der Verbrauch von Grundnahrungsmitteln in der Ukraine im Vergleich zu 2013, erhöhte sich jedoch etwas gegenüber 2015. Unter anderem aß im Jahr 2016 eine durchschnittliche ukrainische Familie 4,7kg Fleisch. Im Jahr 2015 waren es 4,6kg im Jahr 2013 aber 5,1kg. Der Konsum von Milchprodukten jedoch (19,6kg pro Familie) sank sowohl im Vergleich zu 2013 (20,3kg) und 2015 (19,8kg). Deutlich verringerte sich der Konsum von Fisch: von 1,8kg im Jahr 2013 zu 1,2kg in den Jahren 2015 und 2016.

Auch der Zuckerverbrauch sank von 3kg im Jahr 2013 über 2,8kg 2015 auf nun 2,6kg im Jahr 2016.

Außerdem verringerte sich auch weiterhin der Verbrauch von pflanzlichen Ölen und Backwaren.

Fast auf Vorkriegsniveau stieg wieder der Gemüseverbrauch: von 9,4kg 2013 über 8,8kg 2015 bis zu 9,2kg im Jahr 2016. Auch der Konsum von Obst stieg im Vergleich mit 2015 an (von 3,1kg auf 3,7kg), ist jedoch deutlich niedriger als 2013 (4,1kg).

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die ukrainische Seite beschießt hartnäckig und zielgerichtet das Territorium der Republik in der Hoffnung erwidern Aktivitäten der Streitkräfte der DVR zu provozieren.

In Richtung Donezk hat der Gegner Artillerie, Mörser und Schusswaffen verwendet. Auf **13 Ortschaften** und die umliegenden Gebiete wurden zehn Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm sowie 39 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 40 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Gorlowka und Mariupol hat der Gegner auf **vier Ortschaften** und die umliegenden Gebiete 26 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen sowie aktiv Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Zuvor habe ich mitgeteilt, dass eine **große Zahl von Scharfschützen** an der gesamten Kontaktlinie eingetroffen ist, sowohl ukrainische Soldaten als auch ausländische Söldner. Ihre Aktivierung hat zum **Tod von zwei Verteidigern der Republik** geführt.

Die militärisch politische Führung propagiert dem Wort nach eine Reintegration oder Wiedervereinigung des Territoriums der Ukraine, in der Praxis führt sie eine Politik des Terrors in Bezug auf ihre Bürger durch, was die friedliche Regelung der Konflikts behindert.

Um sich bei dem blutigen Kiewer Regime einzuschmeicheln, hat der Kommandeur der 92. mechanisierten Brigade Kokorjow ein weiteres Kriegsverbrechen begangen. Von den Positionen der ihm unterstellten Einheiten wurde der Petrowskij-Bezirk von Donezk beschossen, es wurde ein privates Haus in der Amudarjinskaja-Straße beschädigt.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 56 Verletzungen der Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Unsere Aufklärung stellt weiter eine Konzentration von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen entlang der Kontaktlinie fest, mit denen die ukrainischen Streitkräfte friedliche Einwohner beschießen. So wurden im Gebiet von Krasnogorowka, 3 km von der Kontaktlinie, Feuerpositionen von drei Artilleriegeschützen „Gwosdika“ des Kalibers 122mm aus dem Bestand der 92. mechanisierten Brigade entdeckt.

Im Gebiet von Nowoluganskoje, 3 km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft von zwei mechanisierten Züge auf sechs Schützenpanzern aus dem Bestand der terroristischen Bande „Ajdar“ entdeckt.

In der Folge der Zuspitzung der Beziehungen zwischen Poroschenko und dem Innenminister Awakow wurden eine Reihe von **Funktionsträgern aus der führenden Ebene des Innenministeriums entlassen**, in Bezug auf einige wurden Strafverfahren eingeleitet.

Awakow, der merkt, dass der Sessel unter ihm ins Wanken geraten ist, wird am 5. August in der ATO-Zone bei von ihm kontrollierten Einheiten der Nationalgarde eintreffen. Gemäß einer Quelle aus dem Stab der Nationalgarde plant **Awakow im Fall seiner Absetzung**, den Kommandeuren aller Ebenen die Anweisung zu geben, in sich kürzester Frist auf sein persönliches Kommando hin nach Kiew zu begeben, um einen **Staatsstreich** durchzuführen.

de.sputniknews.com: Panzerabwehrraketen für Kiew? – Kreml über US-Initiative

Alle Staaten, die eine Rolle bei der Konfliktregelung beanspruchen, sollen Handlungen meiden, die zu neuen Spannungen führen könnten, wie der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow in Bezug auf mögliche Lieferungen von US-Panzerabwehrraketen an die Ukraine sagte.

Zuvor hat die Zeitschrift „The Wall Street Journal“ mit Berufung auf US-Beamte berichtet, dass das Pentagon und das US-Außenministerium einen Plan zu Waffenlieferungen an die Ukraine erarbeitet hätten. Das Weiße Haus solle jedoch die Initiative noch nicht gebilligt haben.

„Unsere Position ist gut bekannt: alle Staaten, besonders diejenigen, die irgendwie eine Rolle bei der Konfliktregelung beanspruchen, sollten jegliche Handlungen meiden, die weitere

Spannungen in dieser ohnehin schwierigen Region provozieren können“, sagte Peskow zu der Frage der Journalisten, ob Moskau Verhandlungen mit Washington über die Lieferungen von Panzerabwehrraketen initiieren werde....

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der Republik hat sich **verschärft**, in den letzten 24 Stunden hat der Gegner achtmal das Regime der Feueereinstellung verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Shelobok, Sokolniki, Logwinowo, Dolgoje und Perwomajsk**.

Die Strafruppen haben 34 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 82mm auf das Territorium der Republik abgeschossen, während der Beschüsse verwendete der Feind auch verschiedene Arten von Granatwerfern und Schützenpanzerwaffen.

Uns wurde bekannt, dass das Kommando der „ATO“ **provokative Aktivitäten vorbereitet**, um die Republiken vor der Weltöffentlichkeit der Verletzung des Regimes der Feueereinstellung zu beschuldigen. Dazu ist von der ukrainischen Seite die **Ankunft von ausländischen Massenmedien an der Kontaktlinie** geplant und die **Eröffnung von provokativem Feuer** durch die Einheiten der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, um unsere Einheiten zur Erwidernng des Feuers zu bringen.

In der Folge sollen der Weltöffentlichkeit gefälschte Beweise als unwiderlegbar dargestellt werden. Verantwortlich für die Durchführung des Plans ist der Kriegsverbrecher, der Leiter des Stabs, der Stellvertreter des Leiters des Stabs der „ATO“ Oberst Kuriljuk.

Wir stellen weiter ein Absinken des moralisch-psychischen Zustands der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte fest sowie Weigerungen, die Befehle des Kommando zu befolgen und das Anwachsen nicht ordnungsgemäßen Verhaltens.

So erfolgte im Gebiet von Lisitschansk ein Konflikt zwischen Soldaten der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte und einer Diversionsgruppe des 54. Aufklärungsbataillons, das zur Durchführung von Provokationen eingetroffen war. Ursache des Konflikts waren Verpflegung und Alkohol, die die Soldaten der 58. Brigade nicht mit den eingetroffenen Gästen teilen wollten.

In der Folge der Auseinandersetzung benötigten zwei Soldaten ärztliche Behandlung, ein weiterer verließ den Dienort in unbekannte Richtung. Die Fahndung nach ihm wird mit den Kräften des Kompaniekommandeurs durchgeführt.

de.sputniknews.com: Ukraine-Regelung: Kiew will Vereinbarung von Janukowitsch vergessen – Politologe

Die amtierende Regierung der Ukraine ist daran interessiert, schnell das Abkommen zu vergessen, das 2014 Ex-Präsident Wiktor Janukowitsch mit der Opposition verabschiedet hat. Dies sagte der ehemalige Chef der Administration des ukrainischen Präsidenten, Andrej Kljuchew, gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti.

Die Anwälte von Janukowitsch hatten zuvor eine Anfrage an die Administration des ukrainischen Präsidenten mit der Bitte gestellt, die Originale der Vereinbarung über die Regelung der Ukraine-Krise vom Jahr 2014 mit der Opposition zur Verfügung zu stellen. Die Pressestelle der Anwaltskammer, die die Interessen des Ex-Staatschefs Viktor Janukowitsch vertritt, teilte später mit, dass die Dokumente aus der Administration des ukrainischen Präsidenten verschwunden seien.

„Es ist offensichtlich, dass das aktuelle Regime schnell diese Vereinbarung vergessen will, weil sie einen verfassungswidrigen, bewaffneten Staatsstreich durchgeführt und somit gegen sie (die Vereinbarung) verstoßen haben“, sagte Kljuchew.

Die Opposition habe ursprünglich diese Friedensvereinbarung nicht erfüllen wollen.

„Sie hatten den Plan, einen Staatsstreich und einen gewaltsamen Machtwechsel zu unternehmen. Und die Unterzeichnung der Vereinbarung ist eine absichtliche Lüge seitens der Opposition, deren Ziel es war, den Anschein zu erwecken, dass sie die Krise auf friedlichem Wege regeln will. Als die Einheiten der inneren Truppen vom Kiewer Regierungsbezirk abgezogen worden sind, haben die radikalen Gruppierungen dies sofort ausgenutzt“, so der ehemalige Chef der ukrainischen Administration.

Zudem wollen sich ihm zufolge die europäischen Länder, die als Garanten bei der Erfüllung dieses Abkommens gelten sollten, nicht an dieses Dokument erinnern, obwohl sie es mitunterzeichnet haben. Die Nichterfüllung der Vereinbarung habe den Ruf der (damaligen) Außenminister Frankreichs, Deutschlands und Polens – Laurent Fabius, Frank-Walter Steinmeier und Radoslaw Sikorski – schwer getroffen.

Als Garanten hätten sie nichts unternommen, um das Abkommen zu erfüllen, „obwohl sie Hebel hatten, um die damalige Opposition zu beeinflussen“.

Der Politologe betonte auch, dass Janukowitsch kurz nach dem Umsturz im Land, am frühen 22. Februar 2014, Briefe an Steinmeier, Fabius und Sikorski verfasst habe, in denen er darauf verwiesen habe, dass sie Garanten bei der Erfüllung der Friedensvereinbarung seien. „Wiktor Janukowitsch hat sie gebeten, sich in den Prozess der Regelung der politischen Krise in der Ukraine einzumischen, die sich bereits im Chaos und am Rande eines Bürgerkrieges befindet“, hieß es darin. Die Briefe seien aber nicht beantwortet worden.

In der Ukraine war es im Februar 2014 zu einem Umsturz gekommen, bei dem der frühere Präsident Wiktor Janukowitsch entmachtet wurde und die Opposition die Macht übernahm. Aus Angst um sein Leben war Janukowitsch gezwungen, die Ukraine zu verlassen. Die Werchowna Rada (Parlament) novellierte die Verfassung und setzte neue Präsidentschaftswahlen an, die Petro Poroschenko gewann.

Dnrsovet.su: Kommentar der Volkssowjetabgeordneten Jekaterina Martjanowa zu den neuen ukrainischen Projekten für die zeitweilig von der Kiewer Regierung kontrollierten Territorien des Donbass

Das Ministerium zu Fragen der zeitweilig besetzten Territorien und von Binnenflüchtlingen der Ukraine hat eine Finanzierung für das Projekt „Vergrößerung des gesellschaftlichen Vertrauens“ mit Unterstützung der Abteilung für Übergangsiniciativen der US-Agentur für Internationale Entwicklung (USAID) in Höhe von \$51.692.208 erhalten.

Unter den angekündigten Zielen des Projektes sind: Ausweitung der Zahl der Anhänger der Reformen der neuen ukrainischen Regierung auf Grundlage von Toleranz und demokratischen Werten des „Maidan“; Erhöhung des Niveaus des Vertrauens der Bürger und deren Einbindung in den Reformprozess auf örtlicher Ebene; Verringerung der Verwundbarkeit für äußere Manipulation und Information.

Mit anderen Worten, die Kuratoren der ukrainischen Regierung beginnen auf Kosten von USAID eine Kampagne als Erwiderung auf das humanitäre Programm zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass, das von der DVR und der LVR initiiert wurde. Aber die westlichen Polittechnologien arbeiten nach bekannten Schablonen, die nicht die Spezifik des Donbass berücksichtigen. Wenn die Regierung der DVR kostenlose Behandlungen in den medizinischen Einrichtungen der Republik, Bildung auf Stipendiengrundlage, Waren zu sozialen Preisen und andere konkrete Dinge anbietet, so bieten ukrainische Stiftungen für westliches Geld nur Agitation und Propaganda an. Und von Propaganda wird man nicht satt. Es entsteht eine Situation wie in der Parabel über das Pferd und den Sand. Sand, obwohl in der Farbe ähnlich, wird niemals zu Hafer.

Das Volk des Donbass orientiert sich nicht an ideologischem Sand der „Maidan“-Ideologen, sondern daran, was die Kiewer Regierung für sie tut und wie sich die Marodeure der „Freiwilligenbataillone“ und der ukrainischen Streitkräfte auf den zeitweilig von der ukrainischen Regierung kontrollierten Territorien aufführen. Und ihre Verbrechen sind

vielerorts mit bloßem Auge zu erkennen.

Dieser ganze Prozess zeigt ein weiteres Mal, dass die amerikanischen Partner der Ukraine nicht am Wohlergehen des Volks des Donbass interessiert sind, sie sind nur am Grad des Vertrauens zu ihren Strohmännern in Gestalt armseliger Reformatoren und an der Blockierung von Informationen aus den Republiken interessiert.

Aber gesondert muss erwähnt werden, dass die westlichen Kuratoren der Ukraine tatsächlich über die Effektivität des humanitären Programms, das vom Oberhaupt der Republik Alexandr Sachartschenko initiiert wurde, erschrocken sind und nicht geringe Mittel aufbringen, um ihm entgegen zu wirken. Aber diese Gelder werden mit großer Wahrscheinlichkeit von den Zuwendungsfressern aufgeteilt und verschwinden wie Wasser im Sand.

de.sputniknews.com: US-Abwehrdienst schätzt Russlands Schaden durch Verlust diplomatischen Eigentums ein

Die Schließung der in Besitz Russlands befindlichen diplomatischen Sommerhäuser in New York und Maryland hat Moskau einen solchen Schaden angerichtet, dass der US-Abwehrdienst ihn nicht genau bemessen kann. Das behauptete der Chef des Nationalen Zentrums für Spionageabwehr und Sicherheit der USA, William Evanina, am Dienstag gegenüber Reuters.

„Das war ein großer Schlag gegen die Russen. Ich bin mir nicht einmal sicher, ob wir ihn bemessen können“, sagte Evanina.

Dabei räumte er ein, dass die USA wegen der Ausweisung der Diplomaten und der von Russland ergriffenen Gegenmaßnahmen mehr verlieren als Russland....

Abends:

de.sputniknews.com: Gabriel bereitet Deutschland auf „kalten Handelskrieg“ gegen USA vor
Der Clinch zwischen den USA und der Europäischen Union nimm zu. Die Europäer – in Vertretung von Deutschland – sprechen fast offen von einem möglichen Handelskrieg gegen ihre Hauptverbündeten, ähnlich dem, der sich zwischen den USA und China zu entfalten droht, wie die Experten betonen.

Handelskrieg zwischen EU und USA

Der Chef des Auswärtigen Amtes Deutschlands, Sigmar Gabriel, erklärte, dass der US-Präsident Donald Trump keine Entscheidung über die Verschärfung des Sanktionsregimes gegen Russland treffen werde, bevor die Konsultationen mit den Europäern stattgefunden haben. Und Gabriel beabsichtigt, Washington die Position der EU klar zu machen. Dabei sei Europa bereit, sich zu wehren, sollten die USA ihre „America-First-Industriepolitik“ fortsetzen, versicherte der deutsche Chef-Diplomat.

„Das Signal ist scharf genug. Und obwohl derselbe Gabriel sich noch vor einigen Monaten gegen die von den Amerikanern geplante Verschärfung der Sanktionen in Bezug auf den russischen Energiewirtschaftskomplex hart geäußert habe, gehe diese Diskussion heute auf ein ganz neues Niveau hinaus. Die Europäer sprechen bereits offen von einem möglichen Handelskrieg zwischen den USA und der EU, der dem Handelskrieg ähnelt, der sich zwischen den USA und China zu entfalten drohe. Man beobachte scharfe Widersprüche bezüglich der Handelsbeziehungen.

Grade Trump hatte die Projekte der Transpazifik- und Transatlantik-Partnerschaft begraben, die der Ex-Präsident Obama und die Kanzlerin Merkel aktiv vorangetrieben haben sollen. Außerdem fahren die Amerikaner fort, die deutschen Unternehmen mit Milliardenstrafen zu belegen. Man erinnere sich nur an die Volkswagengeschichte.

Jetzt können die deutschen Unternehmen auch wegen gemeinsamen Projekte mit Russland unter die Sanktionen geraten. Man dürfe nicht ausschließen, dass auch der Skandal um die Siemens-Turbinen unter dem Druck von Amerikanern hochgespielt worden sei. „All das bestätigt die wachsenden Gegensätze zwischen den USA und der EU, die letztendlich zum ‚kalten Handelskrieg‘ führen können“, meint der führende wissenschaftliche Mitarbeiter des Zentrums für deutsche Forschungen am Europa-Institut bei der Russischen Akademie der Wissenschaften, Alexander Kamkin...

[ukrinform.ua: Poroschenko über Freihandelsabkommen mit Kanada: Es ist nicht einfach ein Handelsgeschäft](#)

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hält das Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und Kanada, das heute in Kraft tritt, für die Äußerung einer besonderen Partnerschaft zwischen den beiden Ländern.

Darüber schreibt er auf seiner Facebook-Seite.

„Yes! Heute tritt in Kraft das Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und Kanada“, schrieb er.

Laut Poroschenko eröffnet dieses Dokument ein Fenster von kolossalen Chancen für die ukrainische Wirtschaft – im Handel, bei staatlichen Aufkäufen, in der e-Kommerz.

„Es ist eine beredame und symbolische Unterstützungsgeste, es ist eine bemerkenswerte Äußerung einer besonderen Partnerschaft, die zwischen unseren Ländern stärker wird...“, schreibt der ukrainische Präsident.

„Ich gratuliere aufrichtig der Ukraine und Kanada zu einer neuen Seite in unseren Beziehungen“, fügte er hinzu.

[de.sputniknews.com: Russland: Personalabbau bei US-Missionen trifft vor allem Russen – Medien](#)

Der von Moskau geforderte Personalabbau bei den US-Vertretungen in Russland wird nach Angaben der Onlinezeitung BuzzFeed vor allem russische Mitarbeiter treffen. Denn die Mehrheit der zu streichenden Stellen sei von Russen besetzt.

„Was den enormen Personalabbau bei unseren Missionen in Moskau angeht, so muss man im Auge behalten, dass dort viele russische Mitarbeiter und Bauarbeiter beschäftigt sind“, zitiert die Zeitung John Herbst, einen ehemaligen Mitarbeiter des Auswärtigen Dienstes. „Nur wenige echte Diplomaten werden die Missionen verlassen müssen.“

Die Zeitung beruft sich ferner auf einen Bericht des US-State Departments, laut dem im Jahr 2013 insgesamt 1279 Mitarbeiter bei US-amerikanischen Vertretungen in Russland beschäftigt waren, darunter 301 US-Bürger und 934 Russen...